



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Der Schluß des preußischen Landtags.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Schluß des preussischen Landtags.

Von der preussischen Grenze.

Der Eindruck, den der scheidende Landtag hinterläßt, ist durchweg ein niederschlagender. Er hat nicht die Hoffnungen erfüllt, die man vor drei Jahren hegte: — darüber ist Alles einig; eine andere Frage aber ist, wie weit man ihm die Schuld dieser Enttäuschung aufbürden darf? Und hier scheint uns um so nöthiger eine Grenze zu stecken, da bereits mehre Blätter die bisherige Majorität des Landtags mit Vorwürfen überhäufen, als ob es nur an ihr gelegen habe, ein besseres Resultat hervorzubringen.

In folgenden Punkten scheint uns der unbehagliche Eindruck des Publicums gerechtfertigt zu sein.

Einmal hat der Landtag keine wahrhaft productive Kraft zum Vorschein gebracht, auf die man die Hoffnung einer bessern Zukunft gründen könnte. Es hat sich kein Staatsmann gezeigt, in dem die beiden nothwendigen Eigenschaften, Entschlossenheit und kluge Umsicht, in gleichem Maaß vereinigt wären; nicht in der Majorität, aber auch nicht in einer der Minoritäten. Alle Achtung vor dem guten Willen, dem Patriotismus und den Talenten der Herrn Behrens, Forkenbeck, Waldeck u. s. w., aber auch in ihrer Reihe suchen wir den Mann der Zukunft vergebens. Ihr Bestreben, bestehende Mißbräuche hervorzuheben, damit sie abgestellt werden, und künftigen Mißbräuchen vorzubeugen, ist sehr löblich; aber es genügt noch lange nicht, um Preußen wirklich vorwärts zu bringen. Was den Ministern fehlt ist die Initiative, oder, mit andern Worten, die productive Kraft; und diese wird durch keine der Fractionen des Landtags ergänzt.

Denn man bedenke nur, was Initiative heißt! Gute Einfälle, laut und nachdrücklich ausgesprochen, thun es noch nicht; es kommt auch darauf an, sie durchzusetzen. Preußen ist ein monarchischer Staat, die Persönlichkeit des Monarchen im vollsten Sinn maßgebend; von einer Initiative ist also keine Rede, solange man keinen Hebel findet auf diese Persönlichkeit zu wirken. Die Minister haben die Aufgabe, dem König, der nicht in allen Zweigen der Politik zu Hause sein kann, den Zusammenhang klar zu machen, und mit unermüdlicher Ausdauer das, was nothwendig ist, als nothwendig darzustellen. Diese Pflicht scheint von den gegenwärtigen Ministern in einer für Preußen höchst bedenklichen Art versäumt zu sein; ist aber die Haltung, welche die neue Linke einnimmt, geeignet darin etwas zu bessern? Man denke doch daran, daß sich für den König an das Jahr 1848 eine sehr persönliche Er-

innerung knüpft, und daß es nicht wohl gethan ist solche Erinnerungen aufzufrischen. — Erwidert uns aber die neue Linke: es ist nicht unsere Aufgabe Staatsmänner zu liefern, sondern durch Abstimmen und Reden unsere Schuldigkeit zu thun; so haben wir dagegen nichts einzuwenden, nur wird sie dann zugestehen müssen, daß sie allein nicht im Stande ist, Preußen vorwärts zu bringen.

Abstimmen und Reden ist gut, aber ein wenig kommt doch auch darauf an, was sich aus diesen Abstimmungen für ein Resultat ergibt. Die alte Opposition der vorigen Legislatur hat darin auch ihre vollständige Schuldigkeit gethan, es ist aber damit nicht viel erreicht worden. Gesezt, die ganze liberale Partei stimmte mit der neuen Linken, so ist auch damit noch nichts erreicht, da das Herrenhaus als gesetzlich gleichberechtigter Factor dem Hause der Abgeordneten gegenüber steht. —

Der Majorität des Hauses der Abgeordneten den Vorwurf zu machen, sie sei daran Schuld, daß so wenig verständige Geseze sich durchgesezt haben, verräth entweder bösen Willen oder Gedankenlosigkeit, da eine Reihe sehr verständiger Geseze, von der Regierung eingebracht und von den Abgeordneten genehmigt, im Herrenhaus ihr Grab gefunden haben. Es sind eine Reihe Petitionen bald von dem einen, bald von dem andern Hause der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen werden, aber gesetzlich haben diese Empfehlungen keine Wirkung; denn nicht was das eine oder das andere Haus beschließt, sondern was beide Häuser gemeinschaftlich beschließen, ist nach der Verfassung der Spruch des Landtags.

Ohne die Reform des Herrenhauses kommen wir in der Gesetzgebung keinen Schritt weiter; diese Reform steht aber einzig und allein dem König zu. Petitionen, Resolutionen u. s. w. haben nur eine moralische, keine gesetzliche Wirkung. Wenn also die Majorität Anstand genommen hat, mit ihren alten Parteigenossen, den Ministern, ohne Weiteres zu brechen, obgleich mit ihrem Verfahren keineswegs einverstanden, so war das nicht bloß Gefügigkeit oder Mangel an Entschluß, sondern das sehr berechtigte Zögern vor einer bedenklichen Entscheidung. Nur durch die Minister kann dem König gesetzlich der Rath eines neuen Pairschubs gegeben werden; dieser Rath wird schwerlich erteilt werden, wenn die gegenwärtigen Minister oder ihre etwaigen Nachfolger sich auf das Herrenhaus stützen müssen.

Wir sind keineswegs der Ansicht, daß solche Rücksichten unbedingt maßgebend sein sollen; es gibt Augenblicke, wo man alle politische Klugheit bei Seite werfen und nur der positiven Pflicht folgen muß, ohne Rücksicht auf die Folgen. Auf die Folgen! wohlgemerkt nicht für uns, sondern für andere, für das Vaterland! Denn daß jeder Abgeordnete im Stande ist, die Folgen, die ihn persönlich treffen können, gering zu achten, das zu bezweifeln hat keiner

das Recht. Die Folgen für das Vaterland müssen aber allerdings in Erwägung gezogen werden, ehe man sich entschließt. Wenn die Regierung sich auf das Herrenhaus stützt, so wird sie nothwendigerweise versuchen müssen, das Haus der Abgeordneten in dieselbe Richtung zu treiben; und ob der Erfolg eines solchen Unternehmens undenkbar ist, darüber wird man zweifelhaft, wenn man an die Wahlen von 1855 denkt, an denen sich doch die „demokratische Partei“ bereits betheiligte. Es würde voreilig sein, aus der Stimmung in Berlin ohne Weiteres auf die Stimmung der Provinzen zu schließen.

Noch einmal: es kann einen Zeitpunkt geben, wo man auf alle Gefahr hin die Rolle der reinen Opposition übernimmt; daß der unter dem Einfluß einer allgemeinen Begeisterung für das neue Ministerium erwählte Landtag diese Rolle nicht übernehmen konnte, darf ihm Niemand zum Vorwurf machen. Daß in den Reihen der Abgeordneten sich keine Staatsmänner gezeigt haben ist ein Unglück, aber auch kein Vorwurf. Wo sind sie? — Die alten Namen, sagt man, sind verbraucht, aber neue sind keine hervorgetreten. Die Demokraten haben den Vortheil, seit zwölf Jahren von der Bühne verschwunden zu sein, was aber von Zeit zu Zeit auf jener Seite aufgetaucht ist — man denke an Rodbertus u. s. w. — gibt auch keine glänzende Aussicht. Es ist ein großes Unglück für Deutschland, grade im gegenwärtigen Augenblick an großen Kräften, an starken Naturen so arm zu sein; aber der Natur kann man nicht gebieten, man wird es mit mittelmäßigen versuchen müssen.

Wichtiger ist ein zweiter Vorwurf gegen die bisherige Majorität: sie hat für die eigentliche Aufgabe Preußens d. h. für seine deutsche Politik, sehr wenig Sinn gezeigt. Zum Theil lag das in der schlechten Geschäftsordnung, aber es stand ja frei diese zu verbessern. An guter Gesinnung hat es keineswegs gefehlt, einzelne Reden von Vincke, Carlowitz u. s. w. waren stark genug; aber es fehlte an Ausdauer. Die öffentliche Meinung bringt im englischen Parlament dadurch etwas hervor, daß sie mit gespannter Aufmerksamkeit jeden Schritt der Regierung verfolgt, daß sie täglich dem Ministerium zu Leibe geht, täglich ihre Mahnungen wiederholt; die preussischen Abgeordneten dagegen glaubten ihre Pflicht gethan zu haben, wenn sie sich ein oder zweimal im Lauf der Session aussprachen. Während die wichtigsten Verhandlungen geführt wurden, schien die deutsche Frage im Hause der Abgeordneten völlig eingeschlafen zu sein. Hier kann auch das Verhältniß zum Ministerium nichts zur Entschuldigung beitragen, denn jedes ernsthafte Drängen von Seiten der Abgeordneten verstärkt die Stellung der preussischen Minister in Deutschland, und auf die Nervosität eines Einzelnen kann doch keine Rücksicht genommen werden! Der Grund lag tiefer. Das Interesse für die deutsche Frage ist wol da, aber im Ganzen noch nicht viel stärker als das Interesse für Italien oder für Amerika;

man empfindet es noch nicht als eine Lebensfrage für Preußen, es ist noch nicht zum Gefühl, noch nicht zur Leidenschaft geworden.

Ist es darin im preussischen Volk besser beschaffen, als in der bisherigen Majorität? Wir verkennen die wohlthätigen Wirkungen des Nationalvereins auf die bisherige demokratische Partei keineswegs, aber sie scheinen doch sehr beschränkt zu sein. Die Berliner Polizeifrage ist doch mit einem ganz andern Eifer betrieben worden.

Es mag sein, daß dieser Enthaltbarkeit zugleich ein gesundes Motiv zu Grunde liegt. Eine politische Thätigkeit, bei der man nicht unmittelbar nach einem bestimmten Object wirken kann, artet leicht in Kannegießerei aus, und wir wollten um Alles nicht, daß man wieder in die alte Phrasenwirthschaft verfiel. Aber es wäre doch ein günstiges Zeichen für den gesunden Sinn des Volks, wenn es überall mit sicherem Instinkt den Zusammenhang jeder einzelnen Frage mit dieser Haupt- und Lebensfrage herausföhlte.

Dieser Zusammenhang ist z. B. in dem großen Kampf um die Militärorganisation nicht genügend hervorgetreten. Man ist auch in dieser Beziehung mit der Majorität durchweg unzufrieden; es ist uns aber nicht deutlich geworden, welche Haltung man eigentlich erwartet und verlangt hat.

Daß die preussische Armee eine Reform bedurfte, haben die Mobilmachungen von 1850 und 1859 gezeigt. Wenn Preußen die Rolle spielen soll, die ihm nicht bloß die constitutionelle Partei, sondern auch der Nationalverein auferlegen, so muß es im Stande sein, in kürzester Frist nach jeder Seite hin eine schlagfertige Armee zu werfen. Daß die Reform schwere Opfer kosten würde, war vorauszusehen. Leider hat sich die Regierung in eine unklare Lage gebracht, da sie die Rechtsfrage nicht bestimmt genug hervortreten ließ, und im Sinn des Herrenhauses eine Verpflichtung des Landtags zur Bewilligung vermehrter Ausgaben in Anspruch nahm, die sie nicht begründen konnte. Diesen Rechtspunkt hat das Haus der Abgeordneten gewahrt.

Es waren ferner in den Vorschlägen der Regierung verschiedene Punkte, die dem Bürgerthum mit Recht anstößig sein mußten. Die erste Frage nun war: ob man überhaupt den Staat in der Lage glaubt, für die Verstärkung der Armee ein großes Opfer zu bringen? die zweite: wie man sich Garantien dafür verschaffen könne, daß die Armee nicht einem ganz andern Zweck diene als dem gewollten? die dritte: wie man die unzweckmäßigen Punkte des neuen Systems beseitigen könne?

Die erste Frage hat der Landtag bejaht; er mußte sie bejahen, wenn er seinem Staat die Stellung einer Großmacht vindiciren wollte. Die dritte Frage konnte auf zweierlei Weise erledigt werden: entweder durch einen Gegenplan, oder dadurch, daß man für mißliebige Positionen die Geldbewilligung

versagte. Die Majorität hat sich zum Letzteren entschlossen und wie wir glauben mit Recht. Denn wenn es überhaupt äußerst schwierig ist, irgend eine neue Organisation von einer beratenden Versammlung ausgehen zu lassen, so ist es bei einer Militärorganisation geradezu unerhört.

Ob die Majorität die Vorlagen der Regierung im genügenden Maaß beschnitten hat, mag eine offene Frage bleiben.

Der schwierigste Punkt ist der zweite; und leider ist hier die nöthige Garantie nicht gefunden worden. Das Ministerium hat weder eine Garantie dafür gegeben, die verstärkte Armee den bürgerlichen Gesetzen zu unterwerfen, noch eine Garantie dafür, sie im nationalen Sinn zu verwenden. — Das ist sehr schlimm, denn ein etwa zu erwartendes feudales Ministerium hat nun durch seine liberalen Vorgänger ganz andere Mittel in Händen, als die alte Reaction.

Es sei uns aber die Frage gestattet: wie der Landtag sich diese Garantie verschaffen sollte? Auf officiellern Wege ging es nicht, es konnte nur durch Privatverhandlungen mit den Ministern geschehen. Ob diese stattgefunden haben, ist uns unbekannt. Jedenfalls haben sie zu keinem Resultat geführt, und konnten auch zu keinem führen, wenn die Majorität sich nicht entschloß, geradezu die Bewilligung der Militairvorlagen von solchen Garantien abhängig zu machen — wobei noch immer im Dunkeln bleibt, in welcher Form die Minister ihre Garantie geben sollten.

Die Majorität hat den Entschluß nicht gefaßt; die neue Linke hat sich zwar dazu erhoben, aber man darf den Unterschied in ihrer beiderseitigen Lage nicht vergessen. Wenn man mit Bestimmtheit weiß, daß man in der Minorität bleibt, so liegt in einem solchen Entschluß kein Heroismus. Eine Zeitung, welche die Militairvorlagen am eifrigsten bekämpft hat, gab doch kurze Zeit vor der Abstimmung den Rath, das Provisorium als solches zu bewilligen und dadurch dem folgenden Landtag den Rechtspunkt zu wahren.

Uebersieht man Alles im Ganzen, so kann man dem scheidenden Landtag Mangel an Geschick, Mangel an Kraft, aber keine Pflicht-Versäumniß vorwerfen. Was in den letzten drei Jahren versäumt ist, fällt überwiegend den Ministern zur Last.

Bevor wir eine neue legislative Versammlung haben, scheint uns zweckmäßig, die Aufmerksamkeit des Landes auf zwei Hauptpunkte zu concentriren: zunächst auf den innigen Zusammenhang der preußischen mit der deutschen Entwicklung, sodann auf denjenigen Mangel der Verfassung, in dem sich alle übrigen wie in einem Knoten zusammenfinden, wir meinen das Herrenhaus.

Der König hat einzig und allein das Recht hier einzuschreiten; er wird aber und kann es nicht thun, wenn sich ihm nicht die allgemeine Ueberzeugung

des Landes aufdrängt, daß ohne eine solche Abhilfe unser ganzes Verfassungsleben stocken muß. Die Sache der Presse ist es, die öffentliche Meinung, die sich sonst leicht zersplittert, auf diesen bestimmten Punkt zu leiten.

Land und Volk in Virginien.

Virginien, der Staat, um den es sich bei dem nunmehr eröffneten Feldzug der Unionstruppen zunächst handeln wird, hat im Norden den Staat Pennsylvanien, im Nordosten Maryland, im Süden Nordcarolina und Tennessee und im Westen Kentucky und Ohio zu Nachbarn und umfaßt einen Flächenraum von 2886 deutschen Geviertmeilen, auf denen im letztverflossenen Jahre 1,097,373 freie Weiße und 495,826 Sklaven lebten, so daß sich letztere zu ersteren ungefähr wie 1 zu 2 verhalten, ein Verhältniß, welches im benachbarten Nordcarolina sein Seitenstück hat. Durch seine Einwohnerzahl nimmt Virginien den ersten, durch seine Größe den zweiten Rang unter den abgefallnen Staaten ein, und da es eine alte Aristokratie besitzt, so wird es, wenn der Sonderbund bestehen bleibt, in demselben Maaße der leitende Staat der neuen Conföderation werden, wie in den einzelnen Staaten derselben die Grundeigentümer-Aristokratie die Herrschaft an sich nehmen wird. Auf alle Fälle wird es die Führerschaft beanspruchen und dabei nur das rührigere Südcarolina und das ebenfalls anspruchsvolle Georgia zu Nebenbuhlern haben, welches letztere nach ihm die größte Volkszahl aufweist.

Bekannt ist, daß die größeren Städte der Yankee und ebenso die Staaten derselben gewisse Spitznamen haben, die keineswegs bloß im Scherze gebraucht werden. So ist Washington „die Stadt der großartigen Entfernungen“, Neuyork die „empire city“, Philadelphia die „Quäkerstadt“, Baltimore die „Stadt der Monumente“, Buffalo die „Königin der Seen“, Boston die „notion city“; so heißt Neuorleans die „Halbmondstadt“, Cincinnati „Porkopolis“, Saint Louis die „Grabhügelstadt“. So werden die Bewohner von Kentucky „cornercrackers“ (Maiszwiebacke), die von Ohio „buckeyes“ (eigentlich Bocksaugen, dann Roßkastanien), die von Illinois „suckers“ (Sauger), die von Indiana „hoosiers“, die von Missouri „pukers“ (Brechmittel),